

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 98/99
Telex: 8 86 846 pabn d



Inhalt

Konrad Gilges MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, setzt sich mit Geißlers Haltung zur neuen Armut auseinander: Menschenfeindlich. Seite 1

Helmut Rohde MdB charakterisiert das Milieu der Liberal-Konservativen: Das Erbe von vorgestern. Seite 3

Magdalene Hoff MdEP, Mitglied des SPD-Vorstandes, verurteilt Menschenrechtsverletzungen in der Türkei: Staatsterror. Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB kritisiert das Konzept der Bundesregierung für die Förderung von Wohneigentum: Unterstützung für Einkommensstarke. Seite 6

40. Jahrgang / 102

31. Mai 1985

Menschenfeindlich

Zu Heiner Geißlers Umgang mit der neuen Armut

Von Konrad Gilges MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Skrupellos erschließt der Generalsekretär der CDU immer neue Propagandafelder gegen die deutsche Sozialdemokratie: War es in den letzten Wochen und Monaten der altbekannte Versuch, die Hetzkampagnen gegen die "vaterlandslosen Gesellen" mit immer neuen Vorwürfen aufzuwärmen, so müssen seit vergangenerm Freitag die Schwächsten in dieser Gesellschaft ihren Kopf für den ideologischen Feldzug des CDU-Generalsekretärs hinhalten.

"Das Schlagwort von der neuen Armut", so verlautete aus dem Munde des Familienministers vor dem Deutschen Bundestag, sei "der größte aufgelegte sozialdemokratische Schwindel, den es je gegeben hat". Ohne eine Spur persönlicher Anteilnahme an dem Schicksal von Millionen Bundesbürgern und ihrer Familienangehörigen rechnete Heiner Geißler unter dem Jubel seiner Parteigänger vor, wie viele Sozialhilfeempfänger "im Jahre drei der Regierung Kohl" (Geißler) auf das Konto von CDU/CSU und FDP gehen.

Eine solche niederträchtige Polemik ist nicht mehr zu überbieten. Mit Rechenkunststücken versucht dieser Politiker auch noch das



Elend der Menschen für seine Zwecke zu mißbrauchen. Für uns Sozialdemokraten dagegen ist die "neue Armut" nicht die Summe der Sozialhilfeempfänger. Vielmehr müssen wir feststellen, daß die Armut nicht nur unter diesen Menschen verbreitet ist, sondern auch andere Gruppen wie alleinstehende Frauen, Auszubildende, Schüler, Studenten, Kriegsoffer und Arbeitslose betroffen sind.

Aus den Worten Heiner Geißlers klingt Arroganz und Ignoranz vor diesen Einzelschicksalen. Zehn Jahre zuvor schrieb er noch: "Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es noch bittere private Armut. Millionen von Menschen verfügen nur über ein Einkommen, das nicht wesentlich über den Sozialhilfesätzen liegt. Armut in unserer Gesellschaft existiert, jedoch verschämt und versteckt. Zum Mangel an materiellen Gütern kommt der Mangel an Integration. Witwen, kinderreiche Familien, ältere Menschen, langjährige Arbeitslose, Gastarbeiter, aber auch viele berufstätige alleinstehende Frauen leben am Rande der Gesellschaft."

Würde heute ein Sozialdemokrat oder Gewerkschafter ähnlich formulieren, müßte er sich einen "Schwindler" schimpfen lassen. Unaufrichtiger kann ein Politiker nicht mehr sein und dies ist ein wirklich beachtliches Zeichen für die "moralische Erneuerung" in unserem Land.

Warum akzeptiert Heiner Geißler nicht die Kritik, die er vor rund zehn Jahren selbst aufgeworfen hat? Die Antwort kann nur lauten, daß ihn heute wie damals nicht die Schicksale der Betroffenen interessieren. Vielmehr wird die Armut für den ideologischen Feldzug mißbraucht. Ein solcher Minister unterhöhlt bewußt das Sozialstaatsgebot. Übrig bleibt Menschenfeindlichkeit.

(-/31.5.1985/rs/ks)

+ + +



Das Erbe von vorgestern

Das Milieu der Liberal-Konservativen

Von Helmut Rohde MdB

Es vergeht kaum ein Tag, an dem das Regierungslager nicht seine Irritation verrät. Die großen Formeln von gestern, die Zusagen und Versprechungen verblassen. Dem liberal-konservativen Lager entgleitet seine Selbstsicherheit - vor allem angesichts der sozial-ökonomischen Entwicklung.

An den Zustand der einstigen liberal-konservativen Regierung in den 60er Jahren erinnert heute nicht nur, wie der schwankende Kanzler durch Strömungen aus dem eigenen Lager unterspült wird. Auch andere Erfahrungen drängen Vergleiche auf: So entwickelt sich die Wirtschaftspolitik des Industrielandes Bundesrepublik zu einem ressentimentgeladenen Regierungs-Milieu. Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Gruppen sowie Sinn und Empfindungen für soziales Gleichgewicht geht diesem Milieu immer mehr verloren. Insofern ist, um Minister Genschers Vorliebe für historische Vergleiche weiterzuschreiben, sein Kabinettskollege Bangemann gleichsam zum Schmücker der 80er Jahre geworden - dem einstigen Vorläufer im Amt und liberal-konservativen Etikett ähnlich.

Wo andere soziale Sensibilität oder weltpolitisches Einfühlungsvermögen haben, wächst bei dieser Regierung Hornhaut. In Bonn und in der Wirtschaft wird heute über den Verlust von Substanz und Konturen deutscher Wirtschaftspolitik unverhohlen gesprochen.

Ob und wie angesichts der Arbeitslosigkeit und befürchteter internationaler Konjunkturabflachungen in der Bundesrepublik Investitionen gefördert werden sollen, welche Art von Investitionen dabei gemeint sind, darüber gibt es ein verworrenes Bild von Meldungen. Ihre Häufigkeit kommt nicht dadurch zustande, daß von der Bundesregierung insgesamt konkrete wirtschaftspolitische Absichten und Schritte dargelegt werden, vielmehr melden die Zeitungen ein Bündel wechselvoller Ansichten, Dementis und widersprüchlicher Vorstellungen aus dem Koalitionslager. Die Regierungskoalition produziert Unsicherheit und blockiert sich selbst. Und Unsicherheit dieser Art steckt an in der Wirtschaft.

"Berechenbarkeit der Politik" wird in der Welt als Charaktermerkmal für seriöses und verantwortungsfähiges Handeln angesehen. In der Bundesrepublik wird man allerdings gewahr, daß sie nicht nur der Außenpolitik abhandeln kommt. Auch hat bedrückende Züge, wie sich die Wirtschaftspolitik immer mehr zu einem Spiel mit Daten und Statistiken verkürzt und wie sie auf eine unglaubliche Weise dabei die von ihr verursachten Sozial- und Lebensverhältnisse ausklammert. Nicht mehr das gesellschaftliche Leben, sondern formalisierte "Rahmenbedingungen" beschäftigen das liberal-konservative Milieu.

Inzwischen wurde dies zu einer Existenz jenseits jener "geistig-moralischen" Ansprüche, die das heutige Regierungslager einst erhoben hatte.

(-/31.5.1985/rs/ks)

+ + +



Staatsterror in der Türkei

Der Tod eines Bürgermeisters muß aufgeklärt werden

Von Magdalene Hoff MdEP
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Mißachtung der Menschenrechte in der Türkei geht trotz massiver internationaler Proteste weiter: Am 5. Mai starb der ehemalige Bürgermeister der nordtürkischen Stadt Fatsa, der Schreider Fikri Sönmez, nach fünf Jahren Folter und Haft, angeblich an Herzversagen. Eine Obduktion fand bislang nicht statt. Bis zum Erweis des Gegenteils ist der Tod von Fikri Sönmez ein Beleg dafür, daß der versprochene Humanisierungs- und Demokratisierungsprozeß in der Türkei weiterhin nicht stattfindet.

Das Europäische Parlament hat sich vielfach mit den undemokratischen Zuständen in der Türkei beschäftigen müssen, zuletzt wurde der Militärdiktatur jegliche finanzielle Hilfe gestrichen. Dennoch sind Fortschritte auf dem Wege zum Rechtsstaat nicht zu erkennen, es herrschen Gewalt, Unterdrückung Andersdenkender und Angst. Noch immer finden Massenprozesse statt, viele Tausende politische Gefangene vegetieren unter unmenschlichen Verhältnissen.

Nach diesem neuerlichen Todesfall eines Häftlings fordere ich

- Aufklärung des Todes von Fikri Sönmez
- Verbot der Folter
- Freiheit für politisch Andersdenkende und ethnische sowie religiöse Minderheiten.

Im Oktober 1979 war Fikri Sönmez anstelle der bisherigen, von den damaligen bürgerlichen Parteien gestellten Bürgermeister, als unabhängiger linker Kandidat zum Bürgermeister der 23.000 Einwohner großen Stadt Fatsa am Schwarzen Meer gewählt worden. Seine Wahl leitete das weit über den Rahmen der



Türkei hinaus bekannt gewordene basisdemokratische "Modell Fatsa" ein. Innerhalb weniger Monate wurden mit den Mitteln von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung unter Beteiligung weiter Kreise der Bevölkerung zentrale kommunale Aufgaben zur Entwicklung des Ortes in Angriff genommen und gelöst. Der Einfluß der bisher dort regierenden "Haselnußhändler" war gebrochen und die heruntergekommene Stadt blühte auf.

Wichtigster Gegner des damals 40jährigen Bürgermeisters war der Generalgouverneur der Provinz Ordu, Akkaya, ein Mitglied der faschistischen Partei "Nationale Aktionspartei" (MHP), der zusammen mit dem Führer der "Grauen Wölfe", Alparslan Türkeş, Aktionen der Grauen Wölfe gegen Fatsa organisierte. Dieser Terror gab der Regierung Demirel und der Militärverwaltung den Anlaß für eine "Punkaktion" gegen die Bevölkerung von Fatsa. Über 2.000 Bewohner wurden verhaftet und in tagelangen Folterungen im August 1980 verhört, um Anklagematerial gegen die Bewegung von Fatsa zu erhalten. Gegen 759 Bewohner von Fatsa wurde Anklage erhoben. 268 von ihnen, unter ihnen auch Fikri Sönmez, wurden zum Tode verurteilt.

Der Tod von Fikri Sönmez im Krankenhaus von Amasya, in das er aus dem Gefängnis eingeliefert worden war, verunsichert die türkische Regierung derart, daß sie sich einer Obduktion des Verstorbenen widersetzt. Sönmez wurde unter militärischer Aufsicht im Beisein der nächsten Angehörigen, am 6. Mai in seinem Heimatdorf Kabakdigi unter Ausschluß der Öffentlichkeit beigesetzt.

Diese neuerliche Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten in der Türkei wird auch das Europäische Parlament beschäftigen. Schon jetzt steht fest, wie die Dinge liegen, haben die türkischen Behörden mit dem Fall Sönmez erneut unumstößliche Argumente gegen eine Freigabe der EG-Finanzprotokolle gegeben. Das Europäische Parlament wurde in seiner ablehnenden Haltung bestätigt, dem Druck Bonns und anderer Türkei-"Freunde" nicht nachzugeben.

(-/31.5.1985/rs/ks)

+ + +



Begünstigung der Einkommensstarken

Zur Konzeption der Bundesregierung für die Förderung von Wohneigentum

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die von der Bundesregierung beschlossene Konzeption für die steuerliche Förderung des Erwerbs von Wohneigentum ist so wie die Gesamtpolitik dieser Regierung: Sie begünstigt die Einkommensstarken und nimmt den Einkommenschwachen dafür etwas weg.

Der Staatssekretär im Finanzministerium, Häfele hat einen Fehler gemacht: Er hat dies auch offen ausgesprochen und erklärt, daß nach dem derzeitigen Recht diejenigen die ein Haus im Wert von bis zu 275.000,00 DM (ohne die Kosten für das Grundstück) kaufen oder bauen sich besser stehen als nach dem neuen Recht im nächsten Jahr.

Wer teurer und aufwendiger bauen kann, wird sich besser stehen.

Eine solche Regelung dient dem Ziel der Bildung von Eigentum bei breiten Schichten der Bevölkerung nicht und auch nicht dem Ziel der Kostendämpfung im Bauwesen. Es verschafft der Bauwirtschaft keine zusätzlichen Aufträge, da die als zusätzliche Nachfrager in Frage kommenden Einkommensgruppen von dem neuen Recht nicht begünstigt werden. Nun versucht der Staatssekretär zu retten, was zu retten ist. Er erklärt, daß die, die schlechter gestellt werden sollen, jetzt noch schnell kaufen oder bauen sollten. Vielleicht soll dieser Trick ein neues Konjunkturprogramm begründen.

Und die Vergleiche werden auf eine neue Basis gestellt: Verglichen wird das neue Recht nicht mit dem geltenden Recht, sondern mit dem, was davor gegolten hat. Wenn man sich nicht traut, die Zukunft mit der Gegenwart zu vergleichen, geht man in die Vergangenheit. Da gehört die Konzeption der Bundesregierung auch hin.

(-/31.5.1985/rs/ks)

+ + +

